

Anfragen zum Plenum

in der 28. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Renate Ackermann
(GRU)

Angesichts der Absicht des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, im September dieses Jahres die Teilnahme am Verfahren KiBiG.web für die Träger von Kindertagesstätten verpflichtend vorzuschreiben, frage ich die Staatsregierung, auf welcher Rechtsgrundlage dies erfolgen soll, wer die Kosten für die Umstellung und Anpassung der jeweiligen und unterschiedlichen Programme der Träger und Einrichtungen übernimmt und ob es Übergangsregelungen geben soll?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen ergreift sie, um die von Vertretern der Staatsregierung angekündigten 1.000 Windkraftanlagen in Bayern zeitnah errichten zu können (Prüfung möglicher Verwendung von Staatsflächen wie etwa Staatsforsten, Gespräche mit Vertretern von Kommunen und Landkreisen an aufgrund der Windsituation besonders geeigneten möglichen Standorten, offensive Informations- und Aufklärungspolitik gegenüber Bürgern zum Entgegenwirken eventueller Vorbehalte, Prüfung und gegebenenfalls Ausräumung lokaler Besonderheiten und rechtlicher Rahmenbedingungen wie etwa Tiefflugkorridore usw.?), und wie viele der anvisierten 1.000 Windkraftanlagen sollen nach den Plänen der Staatsregierung in Niederbayern errichtet werden (aufgeschlüsselt nach Landkreisen und nach den Flächen, worauf sie errichtet werden sollen: Flächen des Freistaates Bayern und Privatgrund) und sieht die Staatsregierung Korrekturbedarf im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit niederbayerischer Windkraftanlagen im Vergleich zu Offshore-Anlagen auf Grund der deutlich niedrigeren Einspeisevergütung für niederbayerische Windkraftanlagen?

Horst Arnold
(SPD)

Nachdem in Bayern ab der ersten Klasse Grundschule Pflichtunterricht für Musik besteht, frage ich die Staatsregierung, wie viele Lehrkräfte mit einem vertieften Musikstudium bzw. mit besonderen Kenntnissen unterrichten in Bayern die Jahrgangsstufen bzw. wie viele würden benötigt und sieht die Staatsregierung angesichts der zu erwartenden quantitativen Diskrepanz für die Zukunft Handlungsbedarf ggf. auch mit schulfremden Partnern (ggf. private und kommunale Musikschulen)?

**Prof. (Univ Lima) Dr.
Peter Bauer**
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Sanierungsmaßnahmen sind momentan für das Feuerwehrerholungsheim der Bayerischen Feuerwehren in der Gemeinde Bayerisch Gmain geplant, bis zu welchem Zeitpunkt sollen diese Maßnahmen abgeschlossen sein und auf welche Höhe werden sich die voraussichtlichen Kosten hierfür belaufen?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie verteilen sich die staatlichen Kulturausgaben in Bayern aufgeschlüsselt nach den jeweils zuständigen Ministerien, welchen Anteil am Gesamthaushalt des Freistaates hatten die Ausgaben für Kunst und Kultur jeweils in den letzten zehn Jahren und wie hoch ist der Betrag, den der Freistaat jährlich pro Einwohner für Kultur in diesem Zeitraum aufgewendet hat ?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ob das Planfeststellungsverfahren für die Ortsumfahrung Eschau/Sommerau, 2. Bauabschnitt, schon eingeleitet worden ist, wie ist der aktuelle Planungsstand und plant sie eine Fertigstellung dieser Maßnahme noch bis Mitte 2013?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ob es richtig ist, dass auf den Bahnhöfen der Streckenabschnitte Nürnberg – Würzburg – Aschaffenburg/Schlüchtern sowie Würzburg – Treuchtlingen und Würzburg – Bamberg sukzessive die Lautsprecherdurchsagen abgeschafft werden sollen und an den Bahnsteigen durch so genannte digitale Schriftanzeigen ersetzt werden, und wie soll dabei dann das so genannte „Zwei-Sinne Prinzip“ nach DIN 18040 und die Kommunikation beispielsweise für Blinde gewährleistet werden und entspricht dies den aktuellen Sicherheits- und Gefahrenvorschriften für die Einordnung von Bahnhöfen?

Anne Franke
(GRU)

Das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) schreibt in seinem Bericht 2010, dass eine „Gesundheitsgefährdung“ bei „keiner der untersuchten Proben“ bezüglich PFT-Werten im Chemiedreieck zu befürchten war, dennoch war der Wert an PFT-Rückständen sehr hoch, sodass ich die Staatsregierung frage, ab welcher Menge eine Gefährdung für den Menschen vorliegt, ob es angesichts der hohen Belastung, insbesondere bei den besonders belasteten Wildschweininnereien, die 2010 nur zweimal beprobt wurden, nicht angebracht wäre, mehr Tests zu veranlassen und schließlich was gemacht werden kann, damit sich die PFT-Rückstände im Bereich des Chemie-Dreiecks insgesamt verringern?

Karl Freller
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, ob konkrete Kostenberechnungen für die Errichtung des zweiten Zugangs zum Mittelbahnsteig der S-Bahnstation Fischbach/Nürnberg vorliegen, ist eine Einsichtnahme in die Vorplanungsergebnisse möglich, und wie schätzt sie eine juristische Auseinandersetzung ein für den Fall, dass die Stadt und/oder Anwohner gegen den Freistaat klagen würden?

Ulrike Gote
(GRU)

Nachdem in Bayern detaillierte Kenntnisse über die radioaktive Belastung von Wild und Pilzen vorliegen, frage ich die Staatsregierung, ob es zu dieser Thematik eine fachliche Zusammenarbeit

mit Tschechien gibt, liegen der Staatsregierung Erkenntnisse über die radioaktive Belastung von Wild und Pilzen in den tschechischen Grenzregionen zu Bayern vor und wie will die Staatsregierung in Zukunft die Zusammenarbeit mit der tschechischen Regierung auf diesem Gebiet gestalten und ggf. verbessern?

Eike Hallitzky
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Projekte sind ihr bekannt, die im Rahmen der Strategie der Europäischen Union für den Donaunraum in oder von Bayern ausgehend umgesetzt werden sollen?

Claudia Jung
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Besoldungsgruppe erfolgte die Einstellung der Absolventen des Amtsarztlehrgangs 2010/2011, denen im November 2010 und im März 2011 mitgeteilt wurde, dass aufgrund ihrer Berufserfahrung nach Art. 14 Abs. 1 Satz 2 des Leistungslaufbahngesetzes (LbG) eine Einstellung in der Besoldungsgruppe A 14 vorgesehen sei, und denen am letzten Tag der Prüfungen jedoch mitgeteilt wurde, dass trotz der rechtlichen Voraussetzungen für eine Einstellung in Besoldungsgruppe A 14 davon kein Gebrauch gemacht würde, oder soll erfolgen und was sind die Gründe hierfür?

Christine Kamm
(GRU)

Nachdem die ARD-Sendung „Plusminus“ am 21. Juni 2011 „Atomkraftwerke – Gefahr bei Revision“ dargelegt hat, dass in bestimmten Zeiträumen, etwa bei Revision mit Brennelementewechsel viel mehr Radioaktivität austritt als sonst, da beim Öffnen des Deckels des Druckbehälters durch das Lüftungssystem viel mehr Radioaktivität als im Normalbetrieb entweicht, und daher bei Kleinkindern insbesondere an diesen Tagen gesundheitliche Folgen nicht 100-prozentig ausgeschlossen werden können, und die Mainzer Kinderkrebsstudie einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Wohnortnähe von Kleinkindern und deren Risiko, an Leukämie zu erkranken, belegt, die veröffentlichten Werte über die radioaktiven Emissionen der Atomkraftwerke aber nicht die hohen Spitzenwerte, sondern nur Mittelwerte eines längeren Zeitraumes zeigen, frage ich die Staatsregierung, welche Vorkehrungen trifft sie, um die Emissionen von Radioaktivität bei Revisionen mit Brennelementewechsel u.ä. Ereignissen mehr als bisher zu reduzieren, etwa durch zusätzliche Filteranlagen oder längere Wartezeiten vor der Lüftung, welche Vorkehrungen trifft sie, um die Bevölkerung im Sinne einer optimalen Vorsorge vor solchen Emissionsspitzen vorab zu informieren, und ab wann wird die Veröffentlichung der Messwerte dergestalt verbessert, dass auch Tages- und Stundenemissionswerte zeitaktuell im Internet erkennbar sind?

Peter Meyer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchem Grund fällt die Budgetierung der Unterrichtsstunden für die Mittelschule Neuenmark-Wirsberg statt bislang angekündigter 25 Unterrichtsstunden nunmehr auf 68 Unterrichtsstunden für das kommende Schuljahr wesentlich höher aus, wird die erst neu gegründete Mittelschule nicht dadurch gegenüber der Unterrichtsversorgung vor der Gründung der Mittelschule unangemessen benachteiligt und welcher (zusätzliche) Transportaufwand ergibt sich aus der hieraus not-

wendig werdenden Auflösung von einer Klasse in Marktleugast und einer weiteren Klasse in Stadtsteinach oder Neuenmarkt?

Ulrike Müller
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ob es konkrete Planungen für eine Änderung der Rechtsgrundlagen zu Einsatz und Verwendung von Betäubungsmitteln beim Enthornen von Kälbern gibt, von wem ging die Initiative zur dieser Neuregelung aus und welche Veränderungen zu bestehenden Rechtslage ergeben sich dadurch?

Thomas Mütze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie den Wegfall der Zweckbindung der Mittel nach dem Entflechtungsgesetz ab 2014 im Hinblick auf die Investitionssicherheit für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden, wie stellt sie sicher, dass ab 2014 weiterhin Investitionen für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden erfolgen können, und wie stellt sich die Staatsregierung die Förderung der Investitionen für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden nach Wegfall der Entflechtungsgesetzmittel 2019 vor?

Maria Noichl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Anträge auf Rodungen in Bergwäldern, Schutzwäldern und Schutzwaldsanierungsflächen wurden im Rahmen der bayerischen Umsetzung des neuen Bundeswaldgesetzes in den Ämtern für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten seit August 2010 gestellt, welche wurden genehmigt und welche wurden bereits vollzogen (geordnet nach Ämter, Hektar-Zahl und Waldkategorie)?

Karin Pranghofer
(SPD)

Nachdem sich bei den Abiturprüfungen im Schuljahr 2010/2011 laut Bericht des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus beim G8 eine Landesdurchschnittsnote (gesamt) von 2,27 und eine Nicht-Bestehensquote (gesamt) von 2,82 Prozent errechnet, frage ich die Staatsregierung, welcher Notendurchschnitt und welche Nicht-Bestehensquote hätten sich ergeben, wenn man in die Prüfungen nicht eingegriffen hätte (sollten keine Gesamtwerte vorliegen, reichen auch abgefragte Stichprobenwerte oder Hochrechnungen aus)?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der genaue Wortlaut des Prüfberichts des Bayerischen Obersten Rechnungshofs über die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit aus den Jahren 2008/2009, welche Konsequenzen haben das Staatsministerium für Unterricht und Kultus und die Landeszentrale daraus gezogen, wurden seitdem weitere Prüfungen seitens des ORH vorgenommen ?

Maria Scharfenberg
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, hält sie es für notwendig und zweckmäßig, den geplanten neuen durchgehenden Radweg im Tal der Schwarzen Laber (Landkreis Regensburg) überwiegend als 3,5 bis 4 Meter breiten Schotterweg anzulegen, wie beurteilt sie die Planung hinsichtlich der nicht unerheblichen Eingriffe in die gewachsene Natur- und Kulturlandschaft und wie wurden die Interessen der das Tal seit Jahrzehnten zahlreich frequentierenden Wanderinnen und Wanderer auf Bewahrung des einzigartigen Charakters im Vergleich zu anderen Interessen gewichtet?

Christine Stahl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wurden in Bayern in Zusammenhang mit Versammlungen im Schutzbereich des Art. 8 GG, Art. 2 Abs. 1 Bayerisches Versammlungsgesetz (BayVerslG) Funkzellenabfragen durchgeführt und wenn ja, aus welchem Anlass und in welchem Umfang erfolgten diese Abfragen?

Claudia Stamm
(GRU)

Da unklar ist, inwiefern Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) der Bundesregierung – welche Leistungen für Mittagessen in Schule und Kindergarten, eintägige und mehrtägige Schulausflüge, Schulerstausstattung, 120 Euro im Jahr für Mitgliedsgebühren in Sportvereinen sowie Nachhilfekosten umfasst – auch für Flüchtlingskinder, die unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen, gelten und angesichts der Haltung der Bundesregierung, nach der auch Flüchtlingskinder in den Genuss der Leistungen kommen können, wenn die Länder bzw. Kommunen dies beschließen, und angesichts der Haltung beispielsweise der Stadt München, die rückwirkend zum 1. Januar 2011 BuT-Leistungen im Rahmen des § 6 Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) für nach §§ 3 ff AsylbLG leistungsberechtigten Kindern in München gewähren wird, um die diskriminierende Ungleichbehandlung von Flüchtlingskindern zu beenden, frage ich die Staatsregierung, nach welchen Kriterien die Auszahlung der BuT-Leistungen in Bayern geregelt ist, inwiefern die Leistungen auch an Flüchtlingskinder ausgezahlt werden können und falls ja, welche Aspekte dabei zu berücksichtigen sind?

Florian Streibl
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche der im Rahmen der Bewerbung um Olympia 2018 für die Region Garmisch-Partenkirchen angedachten Projekte wird die Staatsregierung aufgrund ihrer Sinnhaftigkeit für die wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung des Werdenfeler Landes dennoch zeitnah umsetzen (u.a. Zentrum für Nachhaltigkeit, Modernisierung der touristischen Infrastruktur in Garmisch-Partenkirchen wie Eissportzentrum und Alpinspitzbad, die einzelnen Umwelt- und Nachhaltigkeits-Leitprojekte gemäß MiniBidBook, Verbesserung der Sportstätten in der Region etc.)?

Susanna Tausendfreund
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, besteht in Bayern eine Berichtspflicht, die Anlass, Zahlen und Umfang des Einsatzes von Funkzellenabfragen nachvollziehbar macht und wenn nein, wie stellt die Staatsregierung sicher, dass Missstände, wie die großräumige Handyüberwachung anlässlich einer Demonstration gegen Rechts-extremisten am 19. Februar 2010 in Dresden, nicht erfolgen?

Simone Tolle
(GRU)

Nachdem sich Eltern v.a. an der Grundschule in Arnstein besorgt über die Sicherheit ihrer Kinder auf dem Schulweg, insbesondere in der Schwebenrieder Straße geäußert haben, frage ich die Staatsregierung, wer ist zuständig für die Gehwegsicherung der Schulwege, welche Möglichkeiten stehen der zuständigen Stelle zur Verfügung (z.B. Tempo-30-Zone), um den Schulweg sicherer zu machen, und was ist bisher von der bzw. den zuständigen Stellen unternommen worden, um die Sicherheit vor allem der Grundschulkinder zu gewährleisten?